

## AKTUELL

RAUSCHMITTEL IN DER EU

# Drogenmarkt im Wandel

Melanie Czarnik

**Zuwachs synthetischer Opioide, aktive kriminelle Netzwerke und schnelle Verbreitung sind die aktuellen Herausforderungen der europäischen Drogenwelt, wie zwei neue Berichte zeigen.**

Die „European Union Drugs Agency“ (EUDA) veröffentlichte vergangenen Dienstag ihren diesjährigen EU-Drogenbericht, auf Grundlage von Daten aus 29 Ländern. Dieser zeigt unter anderem, dass hochwirksame synthetische Opioide, wie Fentanyl, Nitazene und Orphine, eine wachsende Bedrohung darstellen. „Was mich am meisten besorgt ist, dass Europa möglicherweise nur noch wenig Zeit hat, um sich darauf vorzubereiten, dass sich diese Substanzen weiter etablieren“, sagte Lorraine Nolan, Direktorin der EUDA, während der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichts. „Wir haben andernorts auf der Welt gesehen, wie schnell synthetische Opioide Drogenmärkte transformieren und Überdosierungstode in die Höhe treiben“, sagte Nolan mit Blick auf die Fentanyl-Krise in den USA. Auch andere Substanzen, wie das in der Medizin unverzichtbare Betäubungsmittel Ketamin, bereiten der EUDA Sorgen, da sich die Substanz mittlerweile als Freizeitdroge etabliert habe, bei der das Risikobewusstsein unter Konsumierenden noch sehr niedrig sei.

Als drittes Problem thematisierte Nolan auf der Konferenz Kokain und Crack-Kokain. Schätzungsweise 2,5 Millionen junge Erwachsene hätten im vergangenen Jahr in Europa Kokain konsumiert. Die Verfügbarkeit bleibe hoch, die Schmuggelmethoden würden immer vielfältiger, und auch die Produktion innerhalb Europas nehme zu. Besonders besorgniserregend sei der Zusammenhang zwischen Crack-Kokain und vulnerablen Bevölkerungsgruppen: Die damit verbundenen Schäden konzentrierten sich auf Menschen in Obdachlosigkeit, mit psychischen Erkrankungen und in sozialer Marginalisierung. Kriminelle Netzwerke würden zudem besonders junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen für den Drogenhandel rekrutierten. „Das ist nicht nur ein Drogenproblem“, so Nolan. „Es ist ein gesellschaftliches Problem.“ Um die Herausforderungen des Kokainmarktes zu bewältigen, brauche es eine starke Kooperation zwischen der öffentlichen Gesundheit, Sicherheit und dem sozialen Sektor. „Der Markt wird dynamischer, Substanzen werden potenter, kriminelle Netzwerke aktiver, innovativer und gewalttätiger“, fasst Nolan den Bericht zusammen. „Gleich-

zeitig wandelt sich Europas Rolle im globalen Drogenmarkt: Europa ist inzwischen ein bedeutender Produzent synthetischer Drogen – sowohl für den Binnenmarkt als auch für den Export.“

## Drogen in Luxemburg

Auch der luxemburgische Focal Point der EUDA (PFLAD) veröffentlichte vergangenen Dienstag seinen neuen Bericht zur Lage in Luxemburg. Den jüngsten Schätzungen zufolge wurden 2024 rund 2.684 Hochrisikokonsument\*innen im Großherzogtum identifiziert, wobei die Zahl der Opioidkonsument\*innen und die intravenöse Einnahme zurückgeht, während andere Konsumformen wie Inhalation und Kokainkonsum zunehmen.

In der gesamten Europäischen Union starben knapp 7.600 Menschen im Jahr 2024 an den direkten Folgen ihres Drogenkonsums, 12 davon in Luxemburg. „Die drogenbedingte Sterblichkeit verbessert sich nachhaltig“, schreibt die PFLAD in ihrer Pressemitteilung zum Bericht „Seit der Einführung von Drogenkonsumräumen ist die Zahl der tödlichen Überdosierungen von 26 Todesfällen im Jahr 2000 auf 12 im Jahr 2024 gesunken.“ Unerwähnt bleibt, dass diese Zahl die höchste seit 2015, mit ebenfalls 12 Todesfällen, ist.

Im Bereich der drogenbedingten Kriminalität zeigt der Luxemburger Bericht, dass in 2024, exakt so wie in 2023 insgesamt 1.911 mutmaßliche Vergehen aufgenommen wurden. Durch die Gesetzesänderung vom Juli 2023 können bestimmte Drogenverstöße jedoch per Bußgeld vor Ort geahndet werden, ohne ins Polizeiregister und dadurch in die Statistik aufgenommen zu werden. 361 solcher Fälle gab es im Jahr 2024. Cannabisbezogene Delikte gehen zurück, wobei dies ein Trend sei, „der eher auf die durch die Cannabisreform für nicht-medizinische Zwecke von 2023 eingeführten administrativen Änderungen zurückzuführen scheint als auf einen tatsächlichen Rückgang des Konsums.“ Bei Kokain stiegen 2024 laut PFLAD die Beschlagnahmungen, und die gemeldete durchschnittliche Reinheit erreicht einen Rekordwert. Die untersuchten Chargen waren jedoch nicht für den luxemburgischen Markt bestimmt. „Diese Entwicklungen werfen Fragen hinsichtlich der Rolle Luxemburgs in internationalen Drogenhandelsströmen auf, im Zusammenhang mit seiner strategischen geografischen Lage und seiner Logistikinfrastruktur“, so die Pressemitteilung.

## SHORT NEWS

## Foot, fric et répression

(fg) – Le coup d’envoi de la Coupe du monde de foot 2026 a été donné ce 11 juin au stade Azteca de Mexico, pour une édition « qui s’annonce la plus lucrative jamais vue », selon Amnesty International. La FIFA prévoit de réaliser 11 milliards de dollars de recettes au fil des 104 matchs qui se joueront pendant six semaines aux États-Unis, au Mexique et au Canada. Six millions de personnes sont attendues pour des billets vendus de 500 à... 17.000 euros pour la rencontre entre l’Espagne et l’Uruguay, le 21 juin. La légendaire cupidité de la FIFA ne s’embarrasse guère de scrupules, et « ce Mondial débarque en pleine crise des droits humains chez les pays hôtes », déplore Amnesty. « Peut-on vraiment célébrer un but quand, à quelques kilomètres du stade, des libertés fondamentales sont piétinées ? », questionne l’organisation de défense des droits humains. Elle dénonce la militarisation de la sécurité au Mexique, l’urgence humanitaire des déportations massives aux États-Unis et l’expulsion des sans-abri des villes hôtes du Mondial au Canada. L’ONG identifie un point commun entre ces trois pays : ils tentent de faire taire la contestation pendant la compétition. Amnesty cite le code de conduite au stade, qui interdit toute expression politique ou idéologique : « Du coup, impossible pour les joueurs ou les fans de porter des messages sur la justice sociale ou les droits LGBTQI+ sans risquer d’être sanctionnés. » « Le profit passera-t-il, encore une fois, avant l’humain ? », interroge Amnesty. Aucun doute n’est permis.

## Wenn „ChatGPT“ parlamentarische Fragen beantwortet

(ja) – Am vergangenen Montag veröffentlichte die Chamber die Antwort des Außenministers Xavier Bettel (DP) auf eine parlamentarische Frage der beiden LSAP-Abgeordneten Mars Di Bartolomeo und Yves Cruchten. Thema war der „Luxemburgplan“, den die saarländische Regierung Anfang Mai veröffentlichte. Die Antworten sind relativ nichtssagend und unkonkret – die Routine im politischen Spiel zwischen Opposition und Regierung, könnte man meinen. Doch ein Detail fällt auf: Der eingefügte Link zum Luxemburgplan funktioniert nicht, sondern führt auf eine 404-Fehlerseite. Ihm haftet jedoch ein Tracking-Anhängsel an, der seine Quelle verrät: Der falsche Link stammt vom LLM-Chatbot „ChatGPT“. Auf Nachfrage versicherte das Außenministerium der woxx, die Antwort sei trotzdem „autonom aufgearbeitet“ und „im Rahmen der dokumentarischen Recherche“ sei „unter anderem künstliche Intelligenz benutzt“ worden. Zur Frage, warum der Link nicht auf Korrektheit überprüft wurde, wollte das Außenministerium keine Auskunft geben. Die „Leitlinien für den verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz“ des Digitalisierungsministeriums geben klar vor, dass mittels LLM-Chatbots generierte Inhalte überprüft werden müssen. Der Luxemburgplan des Saarlands ist übrigens mittels simpler Web-Suche auffindbar – ein besonderer Grund, ein Werkzeug mit hohem Ressourcenverbrauch zu benutzen, bestand demnach nicht.

## Weibliche Genitalverstümmelung in Luxemburg

(mc) – Im Nachgang einer UNICEF-Studie zu weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) in Luxemburg, die im April 2026 veröffentlicht wurde, hatten die LSAP-Abgeordneten Claire Delcourt und Mars Di Bartolomeo eine parlamentarische Anfrage zum Thema gestellt. Vergangenen Montag erfolgte die Antwort, der sich neben den drei adressierten Minister\*innen der Bereiche Gleichstellung, Gesundheit sowie Zusammenleben und Unterbringung von Flüchtlingen auch die Justizministerin Elisabeth Margue (CSV) anschloss. Als übergeordneten Rahmen verweist die Regierung auf den nationalen Aktionsplan gegen geschlechtsbasierte Gewalt vom Juni 2025. Aus der Antwort geht hervor, dass Schulungen für Fachkräfte im Sozialbereich aktuell noch größtenteils von der Nichtregierungsorganisation „GAMS Belgique“ abgedeckt werden und schrittweise von der 2025 gegründeten „GAMS Lëtzebuerg“ übernommen werden sollen. Das ONA führe mit allen Asylsuchenden zwei strukturierte Erstgespräche, in denen FGM explizit angesprochen werde; der Service Santé des Migrants der Gesundheitsdirektion erfasse das Thema zudem systematisch beim medizinischen Erstkontakt mit Asylsuchenden. Der zuständige Dienst hatte die entsprechende Fachschulung allerdings erst im Dezember 2025 absolviert. Ein koordinierter Versorgungspfad für Betroffene befinde sich noch in Entwicklung. Als zentrale Akteurin wird GAMS Lëtzebuerg genannt, die derzeit von der privaten Fondation André Losch finanziert wird. Eine staatliche Konventionierung ist frühestens ab 2027 vorgesehen; der entsprechende Budgetantrag wurde gestellt, aber noch nicht genehmigt.